

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, halbmonatlich 1 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungsdauer der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuroman gebaltene Kompatibilität oder deren Raum 655 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restansätze anschließend an den dreipaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM / Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Preisverweises

4. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 24. März 1928 Nummer 72

Demaskierung des Völkerbundes

Die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge abgelehnt

Die Kriegstreiber müssen Farbe bekennen / Amerika fordert Geheimverhandlungen / Ausschaltung der Öffentlichkeit
Weniger Sitzungen / Die Imperialisten gegen die Zulassung eines neuen sowjetrussischen Vorschlags

Ein neuer Vorstoß Sowjetrusslands

Genf, 24. März

In der Sitzung des Völkerbundesauschusses vom 23. März wurde von den Imperialisten eine Resolution eingebracht, in der die Ablehnung der russischen Vorschläge ausgedrückt wird. Die Entscheidung wurde ausgeführt, jedoch ist das Ergebnis nicht bekannt.

Die Sowjetdelegation verlangte sofort die Festlegung eines neuen Termins, wo weiter über die Abrüstungsfrage gesprochen werden soll.

Witwinow kündigte neue Vorschläge an, die eine sofortige Vorbereitung zur allgemeinen Abrüstung vorsehen. Mit dem Vorschlag eines neuen Vorschlags soll der Völkerbund noch mehr in die Länge gezogen, soll den Arbeitern in allen Ländern gezeigt werden, welche Schwäche sich hinter den Masken des Völkerbundes verbirgt.

Die imperialistischen Vertreter wenden sich dagegen, daß ein neuer sowjetrussischer Vorstoß zugelassen wird.

Das Verhalten des sowjetrussischen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes hat den Arbeitern der ganzen Welt sehr schnell gezeigt, daß hinter den Masken über die Abrüstung in Wirklichkeit nichts liegt als die Versuchung, die Arbeiter über die tatsächlichen Vorbereitungen zum neuen Krieg zu täuschen. Durch die Beteiligung der Sowjetunion an der Abrüstungskonferenz, durch das Aufsehen des Harten und schlichten Auftretens Witwinows während der Imperialisten sehr beherrschten, ist der dem ganzen Weltproletariat zu demaskieren. Die Arbeiterschaft, alle christlichen Friedensstreifer wollen jetzt die einzige Macht, die wirklich die Abrüstung will, ist die Republik der Arbeiter und Bauern. Alle anderen Mächte stehen zwar von Abrüstung, können sich aber praktisch ab. Anstatt Abrüstung fordert man mehr Kontinuität. Die Auseinandersetzung zwischen dem englischen Vertreter Curzon und Witwinow zeigte die Unaufrichtigkeit der Gegenstände zwischen der KPD und den Imperialisten, zwischen den Arbeitern und arbeitenden Bauern und den Kapitalisten.

Die ganze Welt wurde aufmerksam, die Arbeiter sehen, was die Demagogen unternehmen die Imperialisten ihren Gegnern. Demagogen will der amerikanische Vertreter einen Vorschlag, der die Öffentlichkeit im weiten Maße ausschaltet. Gibdon will die Tagesordnung der Kommission verhindern. Er erklärte, es habe keinen Sinn, die Kommission wieder zusammenzubringen. Er forderte direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen.

Nach einigen Ausführungen des Vertreters der Türkei, der eine genaue Kenntnis des Entwurfes forderte, ergriff das Wort Curzon. Er erklärte: Die russischen Vorschläge geben nicht, wie alle bisher vorgelegten. Die großen Mächte haben die Vorschläge mit Begeisterung begrüßt. Die Debatte hat gezeigt, daß die Vorschläge nicht so leicht zurückzuweisen und als unbrauchbar zu bezeichnen seien. In der öffentlichen Meinung werde die Debatte weitergehen.

Von den Imperialisten wurde dann eine Resolution folgenden Inhalts eingebracht:

Die vorbereitende Abrüstungskommission hat die Grundlagen des von der Sowjetregierung vorgelegten Entwurfes einer unmittelbaren, völligen und allgemeinen Abrüstung sorgfältig geprüft. Sie stellt fest, daß die Mitglieder beinahe einstimmig der Meinung sind, daß dieses Projekt, obwohl es dem Ideal der Weltfriede entspricht

unter den gegenwärtigen Weltverhältnissen nicht verwirklicht werden kann, und daß dies erst geschehen könnte, wenn die internationale Organisation im Hinblick auf die friedlichen Verfahren und die Sanftmütigen verstärkt ist.

Demgemäß kann das Projekt nicht von der Kommission als Vorschlag ihrer Arbeiten angenommen werden, und diese müssen auf dem bisherigen Wege fortgesetzt werden.

Andererseits sind zahlreiche Mitglieder der Kommission der Meinung, daß die Bestimmungen dieses Entwurfes von den verschiedenen Regierungen daraufhin geprüft werden könnten, ob es nicht möglich sei, daraus nützliche Bestandteile für die zweite Sitzung des von der Kommission ausgearbeiteten Entwurfes über die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen zu entnehmen. Die Kommission beschließt zur Prüfung des dritten Punktes der Tagesordnung überzugehen.

Das bedeutet die Ablehnung der russischen Vorschläge, aber noch mehr, auch die zweite Sitzung soll nicht stattfinden. Witwinow verlangte die Vertagung der Abstimmung. Auch Graf Bernstorff protestierte gegen die Festlegung der zweiten Sitzung. Das bedeutet das doch auch die Befreiung der Wünsche der deutschen Imperialisten.

Einige der Vertreter der deutschen Imperialisten mühten sich, zu erklären: er habe geglaubt, daß nach den russischen Vorschlägen, die hier als unbrauchbar bezeichnet werden, man wenigstens

den Mut aufbringen werde, den ersten Schritt auf dem Wege der völligen Abrüstung zu tun. Den deutschen Imperialisten ist es nicht um die Abrüstung, sondern um die Aufrüstung Deutschlands zu tun. Solange das nicht gelingt, greifen die Vertreter des deutschen Imperialismus die Abrüstungsdebatten auf, um immer wieder in Erinnerung zu bringen, daß Deutschland gegenüber den anderen Mächten zu viel abgerüstet sei.

Witwinow kündete gegenüber der Resolution der Imperialisten sofort einen neuen sowjetrussischen Vorschlag an. Keine teilweise Benutzung des Vorschlags.

Witwinow erklärte: Die letzten Zweifel über das Schicksal des russischen Vorschlags würden aber durch die Fassung der Resolution beseitigt. Die Sowjetdelegation stelle zu ihrem größten Bedauern fest, daß die Mehrheit der Delegierten auf Veranlassung ihrer Regierungen nicht nur den russischen Entwurf, sondern auch den Gedanken gänzlich abgelehnt. Die Sowjetregierung könne für eine teilweise Benutzung ihres Vorschlags keinerlei Verantwortung übernehmen. Sie werde sich nicht für einzelne Artikel für gekündet erklären, wenn diese nicht dem Ziele der allgemeinen

völligen Abrüstung dienen. Da die meisten Delegierten den russischen Vorschlag abgelehnt hätten, so wolle die Delegation eine gemeinsame Basis wenigstens für teilweise Abrüstung suchen, die sie jedoch nur als einen ersten Schritt betrachte.

Man setze dem völligen Beschluß der bisherigen Arbeiten gegenüber.

Dies veranlasse die Sowjetdelegation, einen neuen Entwurf vorzulegen. Die Sowjetdelegation werde die erste Lesung dieses neuen Entwurfes in der gegenwärtigen Tagung vorschlagen, wobei sie das Hauptgewicht auf die Annahme eines Grundprinzips lege. Sie betrachte diesen Vorschlag lediglich als den ersten Schritt zur völligen Abrüstung und behalte sich weitere Vorschläge innerhalb von zwei Jahren nach dessen Annahme vor. Ferner behalte sie sich vor, auf der Konferenz selbst auf ihren ursprünglichen Entwurf zurückzugreifen.

Die tatsächliche Haltung des Völkerbundes zur Abrüstung ist damit festgelegt, gleichzeitig aber ist auch festgestellt die Rolle der KPD, die mit ihrer Völkerbundspolitik, ihrer Hege gegen die Sowjetunion die Imperialisten unterstützt. Die KPD vertritt die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Stärkere Rüstung gegen den imperialistischen Krieg ist die Lehre, die die Arbeiterschaft jetzt schon zu ziehen hat.

Mehrheit für die Amnestie?

In dem vom Rechtsausschuß eingelegten Untersuchungsausschuß (Ua) macht eine Einigung über den Umfang der Amnestie nicht möglich. Darauf stellte der Abgeordnete Dr. Wandersmann von der Deutschen Volkspartei den Kommunisten, Sozialdemokraten und Reichsnationalen anheim, sich zusammenzusetzen und über eine Einigung zu beraten. Das Zustandekommen einer Amnestie hänge lediglich davon ab, ob die Sozialdemokraten bereit sei, sich mit den beiden Flügelparteien zu einigen. Dieser Aufforderung konnten die Sozialdemokraten nicht ausweichen. Bei den Beratungen zwischen den drei Vertretern der beteiligten Parteien Höllein, Rosenfeld und Sperling kam schließlich eine Einigung auf folgender Grundlage zustande:

1: Es wird Straffreiheit gewährt für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht verurteilten Straftaten, die von Verurteilten des Reiches und der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Der Straffreiheit erstreckt sich auch auf Nebenstrafen, Sicherungsmassnahmen, rückständige Geldbußen und Kosten.

2: Anhängige Verfahren wegen der im § 1 Absatz 1 umschriebenen Straftaten werden eingestellt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet, soweit sie sich auf Handlungen beziehen, die vor dem 1. Januar 1928 begangen worden sind.

3: Ausgeschlossen von der Straffreiheit (§§ 1 und 2) bleiben Landeseinwohner (§§ 87-92 des Reichsstrafgesetzbuches) und Verurteilte militärischer Geheimnisse (Reichsgesetz vom 3. Juli 1914), wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist.

4: Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind ferner voll-

endet oder verurteilter Mord oder Totschlag und Teilnahme an einer solchen Straftat. — Strafen, die wegen eines der in Absatz 1 bezeichneten, aus politischen Beweggründen begangenen Verbrechen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtskräftig erkannt sind, werden in Festung umgewandelt. Freiheitsstrafen werden auf ein Drittel der durch Urteil oder Gnadenverweis festgesetzten Zeitdauer, jedenfalls aber auf nicht mehr als die Hälfte der gesetzlichen Höchstdauer zeitiger Freiheitsstrafen herabgesetzt.

Die erlassene Untersuchungshaft ist auf die hiernach zu verbühenden Strafen anzurechnen.

Die Befugnis der zuständigen Gnadeninstanzen zu weitergehenden Gnadenverweilen bleibt unberührt.

Die kommunistische Fraktion ist bereit, auf diesen Forderungen zu treten. Ebenso hat die deutschnationale Fraktion ihre Zustimmung zu der festgelegten Formulierung bekanntgegeben. Für die Sozialdemokratie hat Dr. Rosenfeld zugestimmt, seine Fraktion ebenfalls zur Zustimmung zu veranlassen. Wie er am Freitagabend mitteilte, war es nicht möglich, im Laufe des Tages eine Fraktionsentscheidung abzuschließen. Infolge Abwesenheit von Berlin könne die Stellungnahme seiner Fraktion erst am Montag erfolgen.

Falls diese Vereinbarungen endgültig zustande kommen, wird es sich zeigen müssen, ob die übrigen Parteien und auch der Reichsrat es wagen werden, diese Vereinbarungen und damit eine weitumfassende Amnestie zu zerlegen.

Ueberrumplungstaktik im Metallarbeiterkampf

Vor einem Schiedsspruch in der sächsischen Metallindustrie

Dresden, den 24. März

In der Tarifbewegung der sächsischen Metallindustrie wurde die Schlichterkammer nach dreitägigen ergebnislosen Verhandlungen auf heute vormittag verlegt.

Wochenlang hat der Schlichter höchster Verschwiegenheit verborgen, was am grünen Tisch mit den Metallgewaltigen von der Ammonstrasse verhandelt wurde. Gestern endlich bequamen sich die Führer des DMB durch eine Pressekonferenz in der Dresdener Volkszeitung über den Stand der Dinge einige Aufklärung zu geben. Noch nicht ein dutzend Jellen — aber doch genug, um zu erkennen, welche große Gefahr den sächsischen Metallarbeitern in ihrem bevorstehenden Lohnkampf droht.

In der Mitteilung der Dr. Wolff, wird zunächst bekräftigt, was wir vor kurzem in einem Artikel zu dem Leistungsprogramm der Unternehmer zum Ausdruck gebracht haben: die Industriellen lehnen nicht nur jeden Verbesserungsantrag ab, sondern verlangen in den wichtigsten Tarifpositionen weitgehende Verluste. Und da die DMB-Führer infolge der drohenden Abbruchhaltung der Industriellen keine Möglichkeit sehen, zu einer Verständigung zu kommen, ist die Schlichtungsmaschine in Tätigkeit

gesetzt worden. Die Führung des DMB leidet geradezu nach einem Schiedsspruch. Anders kann es verstanden werden, wenn getieren die Volkszeitung berichtet:

„Bei einer solchen Einstellung (der Unternehmer die Red der Arbeit) ist eine Möglichkeit zur Parteivereinbarung nicht gegeben, so daß die Schlichterkammer zur Fällung eines Schiedsspruches kommen muß. Trotzdem die Schlichterkammer gestern — dem dritten Verhandlungstag — bis Mitternacht tagte, konnte das Verfahren nicht zum Abschluß gebracht werden.“

Heute vormittag werden die Verhandlungen der Schlichterkammer fortgesetzt. Die Herren haben es verstanden eilig — noch bevor die Kaufleute des Vertrages beendet ist, will man die Bewegung mit einem Schiedsspruch und der feilscherhändig folgenden Verbindlichkeitsklärung abbrechen. Möglich, daß schon heute oder morgen ein Schiedsspruch gefällt wird. Dann wird nach zwei bis drei Tagen die Erklärungsjahrt abgelassen sein und die Verbindlichkeitsklärung folgen. Aber gerade das wollen die Reformisten. Für sie gibt es gar keine andere Methode als den Weg zum Scheitern, den Bericht auf Einwirkung der Macht der Gewerkschaften, als die organisierte Kraft des Lohnproletariats im offenen Kampf gegen